

## Bessere Bildung schon für ganz Kleine

TAGUNG IN BAD BLANKENBURG:  
SPD-POLITIKER FÜR RECHTSANSPRUCH AUF KITA-PLATZ

„Wir müssen in die Qualität der Kinderbetreuung investieren“ - fasste Christoph Matschie die Diskussion von Fachpolitikern am 20. April in Bad Blankenburg zusammen. Für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung - ganztags, vom ersten Geburtstag an bis zum Schuleintritt - macht sich der SPD-Fraktionsvorsitzende stark. Damit dies spätestens 2010 Realität wird und darüber hinaus die vorschulische Bildung, Erziehung und Betreuung qualitativ verbessert werden, hatte Matschie gemeinsam mit dem SPD-Bildungsexperten Hans-Jürgen Döring im April eine Tagung in Bad Blankenburg einberufen.

Fachlich begleitet wurde die Konferenz von Prof. Dr. Roland Merten, Lehrstuhl für Sozialpädagogik und außerschulische Bildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Einig waren sich die von den SPD-Landtagsfraktionen der neuen Bundesländer angereisten Bildungs-, Jugend- und Familienpolitiker darin, dass die Kinderbetreuung schrittweise betragsfrei gestellt werden soll. Mit all ihren Plänen - festgeschrieben im Arbeitspapier „Beste Bildung ab eins - eine Chance für alle“ - bauen die ostdeutschen



Eine Führung durch das Friedrich-Fröbel-Museum in Bad Blankenburg. Leiterin Margitta Rockstein informierte kompetent und unterhaltsam - und fand in Christoph Matschie und Hans-Jürgen Döring wissbegierige Zuhörer. (Foto: Wolf)

SPD-Politiker auf das im Februar 2007 in Berlin vorgestellte Bundesprojekt ihrer Partei „Gute Betreuung ab eins“ auf.

Termin und Ort der Tagung am 20. April in Bad Blankenburg waren bewusst gewählt worden: Am Vortag des 225. Geburtstages von Friedrich Wilhelm August Fröbel. An dem Ort, an dem der Reformpädagoge 1840 den ersten Kindergarten gegründet hat. Von dort wurde der Kindergarten zum Exportschlager. In 22 Sprachen wurde der Begriff „Kindergarten“ unübersetzt übernommen. „Die große Tradition, die Thüringen hier hat, wollen wir pflegen und fortsetzen“, meint SPD-Bildungsexperte Hans-Jürgen Döring.

## Pegelstand: Unterlippe

Der Doppelhaushalt 2008/2009 für den Freistaat Thüringen wird gravierende Einschnitte für die Kommunen, für die Verbände, für die Menschen in Thüringen bringen.



Werner Pidde

Grund: Die Landesregierung hat auf den Bevölkerungsrückgang, die langfristige Verringerung der Bundes- und Europamittel, die explosionsartig steigenden Beamtenpensionen nur halbherzig oder gar nicht reagiert.

Während die anderen neuen Bundesländer ihre Hausaufgaben gemacht haben, steckt die Landesregierung weiterhin viel Geld in ineffektive Strukturen. Die verkorkste Behördenstrukturreform greift nur langsam und bringt nicht die gewünschten finanziellen Effekte, weil die CDU die dringend notwendige Gebietsreform auf kommunaler Ebene (noch) nicht anpacken will.

Trotz der momentan guten Steuereinnahmen ist an den Abbau des Schuldenberges nicht zu denken. Es werden lediglich weniger neue Schulden obenauf gepackt. Die Kosten der unsoliden Finanzpolitik sind überproportionale Zinslasten.

840 Mio. € muss der Freistaat pro Jahr als Zinsen berappen.

Diese Gelder muss die Landesregierung nun an anderer Stelle kürzen. So wird sie im kommenden Doppelhaushalt den Rotstift beim Kommunalen Finanzausgleich, bei der Kultur, bei den Sozialausgaben unter anderem ansetzen.

DR. WERNER PIDDE  
Finanzpolitischer Sprecher

Nationalpark Hainich:  
Ja zu Plänen für neuen  
Eingangsbereich

Seite 2

Polizeireform: Fraktion  
erwägt Gang vor das  
Verfassungsgericht

Seite 4

## Straßenausbaubeiträge: Gemeinden brauchen mehr Flexibilität

Die Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts Weimar vom 31. Mai 2005 zum Thüringer Kommunalabgabengesetz bezüglich der Auslegung zu Straßenausbaubeiträgen führte in weiten



Heike Taubert

Teilen Thüringens zu einer massiven Versicherung. Vor allem die Auslegung der so genannten „Soll-Regelung“ ist in vielen Gemeinden bis zum heutigen Tag immer wieder Thema.

So hatte das Thüringer Innenministerium alle Gemeinden ohne Straßenausbaubeitragsatzung sowie Gemeinden, die ihre Satzung nicht anwandten, aufgefordert, unverzüglich Satzungen zur erlassen bzw. anzuwenden. Dies kommt der rückwirkenden Erhebung von Beiträgen bis in Jahr 1992 zurück gleich. Dabei sind von den Forderungen des Innenministeriums weit überwiegend Gemeinden betroffen, die ihre Haushalte der letzten Jahre ohne Kreditaufnahme ausgeglichen haben.

Die SPD-Landtagsfraktion hat zu dieser Thematik einen Gesetzentwurf eingebracht, um den betroffenen Gemeinden zumindest für die Aufbaujahre eine Wahlmöglichkeit aufzuzeigen. Hintergrund ist, dass es äußerst fraglich ist, ob der immense Arbeitsaufwand auch mit dem erhofften Nutzen für die Gemeinden verbunden ist. Unvollständige Akten für Baumaßnahmen bzw. aus anderen Finanzierungsquellen geförderte Projekte lassen an einem finanziellen Erfolg der Erhebung für die Jahre bis 1996 ernsthaft bezweifeln.

Die SPD-Fraktion hat sich ebenfalls dem Problem der Gemeinden mit wiederkehrenden Beiträgen angenommen. Nach dem Willen der SPD-Fraktion sollen Gemeinden mit wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen auch zukünftig rückwirkend zusätzlich keine einmaligen Beiträge für die Vergangenheit erheben müssen. Damit wird die bisherige Praxis des Innenministeriums, die der Innenminister verlassen will, endgültig festgeschrieben. Völlig überraschend signalisierte die CDU-Fraktion im letzten Plenum Kompromissbereitschaft: Sie stimmte der Überweisung des Gesetzentwurfs in den zuständigen Ausschuss zu.

HEIKE TAUBERT  
Kommunalpolitische Sprecherin

# SPD-Fraktion unterstützt Nationalparkhaus-Projekt

BAUMANN INFORMIERTE SICH ÜBER STAND DER PLANUNGEN



Rolf Baumann (rechts) im Gespräch mit Sabine Kamke vom Regionalmanagement des Unstrut-Hainich-Kreises und Landrat Harald Zanker.

Auf die immense Bedeutung des geplanten Nationalparkhauses als Wirtschaftsfaktor für die Region um den Hainich verwies SPD-Tourismusexperte Rolf Baumann bei einem Besuch in der Kreisverwaltung des Unstrut-Hainich-Kreises. Außerdem müsse man von Beginn an auf eine umfassende Vermarktung des Projektes achten, sagte Baumann. Das Nationalparkhaus - eine moderne Holzkonstruktion, die an einen Baum denken lässt - soll künftig als Eingangsbereich des Nationalparks fungieren und quasi mit dem Baumkronenpfad korrespondieren.

Baumann ließ sich vor Ort von Landrat Harald Zanker (SPD) und von dessen Mitarbeiterin Sabine Kamke vom Regionalmanagement über den Stand des Projektes informieren. Kamke und Zanker hatten den Abge-

ordneten der Fraktion das Projekt erst kürzlich in einer Fraktionssitzung präsentiert und dort um Unterstützung für dessen Realisierung geworben.

In der SPD-Fraktion stießen die Pläne damals auf großes Interesse: Die Fraktionsmitglieder signalisierten Unterstützung für den ehrgeizigen Plan. Rolf Baumann will vor allem sein fachliches Wissen bezüglich des Betriebskonzepts und der Vermarktung der gesamten Hainich-Region einbringen.

Neben der Vorstellung der konkreten Pläne zum Nationalparkhaus informierten Harald Zanker und Sabine Kamke Baumann auch über die groß angelegte Öffentlichkeitskampagne und die Kuratoriumsgründung. Zudem wurde über mögliche Betreiberkonzepte diskutiert.

## Verkehrsexpertin Doht: Keine Riesen-LKW auf Thüringens Straßen

„Thüringen darf nicht Vorreiter bei der Einführung von Riesen-LKW sein. Die Nachteile überwiegen deutlich“, konstatiert Sabine Doht. Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion verweist auf negative Folgen des Einsatzes so genannter Gigaliner für die Verkehrssicherheit, auf höhere Kosten für eine Anpassung der Straßen als auch auf Belastungen für die Umwelt.

Die SPD-Fraktion sehe sich mit ihrer Kritik in Übereinstimmung mit zahlreichen Verbänden und Institutionen - wie beispielsweise ADAC, Deutscher Städtetag, Deutsche Bahn und BUND. „Die extrem langen

Lastwagen würden in Thüringen zu erheblichen Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs führen“, so Doht. Auf weiten Strecken sei kaum ein sicheres Überholen durch andere Verkehrsteilnehmer möglich.

Hinzu komme, dass der Einsatz von Riesen-LKW verkehrs- und klimapolitische Zielsetzungen unterlaufe. Es sei zu befürchten, dass die Straßenschäden durch überschwere LKW vergrößert würden. Zudem würde angesichts niedrigerer Kosten ein Anreiz für Lastwagen-Transporte entstehen, was dem wesentlich umweltfreundlicheren Schienentransport deutlich schade.

# Projekt mit Pilotcharakter

MATSCHIE INFORMIERT SICH ÜBER ANLAGE FÜR ÖKOSTROM

Die erste Ostthüringer Biogasanlage, die dieser Tage in der Gemeinde Göhren im Altenburger Land entsteht, besichtigten Christoph Matschie und der aus der Region stammende Landtagsabgeordnete Dr. Hartmut Schubert im April. Ab 2007 sollen dort aus Stallmist jährlich etwa 4,5 Millionen Kilowattstunden umweltfreundlicher Strom produziert werden. Damit könnten theoretisch über 1100 Einfamilienhäuser versorgt werden. Bislang, so erfuhren Matschie und Schubert vor Ort, hätten sich 80 Prozent der Göhrener Hausbesitzer entschieden, die Anlage künftig als Energielieferant zu nutzen.



Christoph Matschie (2.v.links) und Dr. Hartmut Schubert (rechts außen) informierten sich in Göhren im Altenburger Land über eine neue Biogasanlage.

Insgesamt wurden von dem Betreiber, der Landgas Göhren GmbH, 1,8 Millionen Euro in die Anlage investiert. „Das Projekt hat Pilotcharakter“, sagte einer der drei Gesellschafter, der Landwirt Ludwig Berthold. Er betreibt in Göhren einen eigenen Landwirtschaftsbetrieb und sorgt nun als Miteigentümer der Anlage für Schlagzeilen. Die beiden anderen Gesellschafter sind Eon Thüringen sowie eine Firma aus Unterföhring bei München.

Insgesamt 13 500 Tonnen Biomasse, wie zum Beispiel Silage aus Mais, Gras und anderen Pflanzen sowie Rindermist, kann der Göhrener Landwirt Berthold nach eigener Auskunft mit seinem Bauernhof im Jahr liefern. Bei der Entscheidung für die Beteiligung am Bau der Anlage hätten auch die stetig fallenden Getreidepreise in den Jahren 2003 und 2004 eine Rolle gespielt, sagte Berthold, der auch Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Altenburger Land ist. Zuletzt seien sie auf unter 100 Euro pro Tonne Weizen gefallen.

## Land soll Lehrstellen in Behörden besetzen

Kurz vor der Unterzeichnung des diesjährigen Ausbildungspaktes hat Walter Pilger, der Sprecher für Berufsausbildung, die Landesregierung ermahnt, sich an die eigenen Vorgaben zu halten und bei der Vergabe und Besetzung von Lehrstellen mit gutem Beispiel voran zu gehen. Von insgesamt 952 im Landeshaushalt vorgesehenen Ausbildungsstellen in der Landesverwaltung sollen laut bisherigen Planungen nur 713 tatsächlich mit Lehrlingen besetzt werden, kritisierte der Abgeordnete. Da die Stellen bereits im Haushalt finanziert seien, sei deren Nichtbesetzung besonders unverständlich.

Nötig sei auch, diese Lehrstellen zum Bestandteil des Ausbildungspaktes zu machen. Das erhöhe den Druck auf die Landesregierung, sich an die eigenen Vorgaben zu halten.

## Ja zu Kampagne gegen Übergewicht

Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass es mehr und besseren Sport in Thüringer Schulen und Kindergärten gibt. Hans-Jürgen Döring, der bildungspolitische Sprecher reagierte damit auf eine Ankündigung des Thüringer Lehrerverbandes, der mit einer speziellen Kampagne das fortschreitende Übergewicht bei Kindern bekämpfen will.

Döring verweist in diesem Zusammenhang auf die Schwerpunkte eines gemeinsamen Antrages von SPD und CDU zur Stärkung des Sports für Kinder.

# Kosten für Fernwasser drohen aus dem Ruder zu laufen

SPD-FRAKTION WILL INFORMATIONEN IM UMWELTAUSSCHUSS

Um Unklarheiten und Informationsdefizite über die weitere Entwicklung beim Fernwasser auszuräumen, hat der Umweltausschuss eine Sonder-sitzung zu diesem Thema beschlossen. Kurz vor dieser Entscheidung hatte



Dagmar Becker

die SPD-Fraktion detaillierte Informationen über die Zukunft der Fernwasserversorgung in Thüringen von der Landesregierung gefordert. Dieser Forderung war ein Pressebericht vorausgegangen, laut dem sich bei der Thüringer Fernwasserversorgung (TFW) massive finanzielle Probleme abzeichnen. Dagmar Becker, die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, verwies dar-

auf, dass auch die zur TFW gehörenden kommunalen Vertreter die Informationspolitik der Landesregierung immer wieder massiv kritisiert hätten.

Geklärt werden müsse beispielsweise, wie es mit der Trinkwasserversorgung in Ostthüringen weitergeht. So gebe es bei der Frage, ob das Wasser in der Talsperre Leibis für die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser ausreiche, Unklarheiten. Im Raum stehe auch die Frage, ob die Talsperren in Weida und Zeulenroda für die Versorgung der Ostthüringer Bevölkerung weiter betrieben und möglicherweise saniert werden müssen. Becker verwies auf Ungereimtheiten in der Argumentation der Landesregierung in der Vergangenheit: So seien die hohen Investitionen in Leibis stets mit der pro-

blematischen Wasserqualität des Weida-Talsperrensystems gerechtfertigt worden. Becker: „Jetzt sieht es mitnichten so aus, dass Weida und Zeulenroda vom Netz gehen.“

Eine weitere zentrale Frage sei die nach den Kosten für den Ausbau des Fernwassernetzes in Ostthüringen und wer diese Kosten zu tragen hat.

„Offenbar übersteigen die tatsächlichen Kosten jene, die die Unternehmensberatung Kienbaum im Jahr 2002 konstatiert hatte“, sagt Becker. Dies lasse befürchten, dass der bisherige Fernwasserpreis von 61 Cent nicht gehalten werden könne. Im schlimmsten Falle bestehe die Gefahr, dass die Fernwasserversorgung in Thüringen privatisiert werde. „Das muss unbedingt verhindert werden“, so Becker.

# Bauhaus-Jubiläum 2009: Landesaussstellung ist ein Muss

DÖRING SIEHT LANDESREGIERUNG IN DER PFLICHT

Seine Forderung nach einer Landesaussstellung zum Bauhaus-Jubiläum 2009 bekräftigt Hans-Jürgen Döring, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Döring bezog sich dabei auf Stellungnahmen der Städte Erfurt, Weimar und Jena sowie der von ihnen getragenen Impuls-Region zur morgigen Anhörung im Wissenschaftsausschuss des Landtags. Aus den Papieren gehe hervor, dass die gesamte Region bereit sei, mit großem Engagement eine Landesaussstellung anzugehen und auch schon viel Vorarbeit geleistet habe. „Aus eigener Kraft können die Initiatoren das Gesamtprojekt aber nicht stemmen“, sagte Döring. „Hier ist das Land in der Pflicht, denn das Bauhaus-Jubiläum ist nun einmal weit mehr als eine regionale Angelegenheit.“ Für weitaus wichtiger als eine bloße finanzielle Unterstützung der Jubiläums-Aktivitäten

durch den Freistaat hält der Kulturpolitiker deren Ausweisung als Landesaussstellung. „Für die Impuls-Region ist diese Etikettierung von immenser Bedeutung“, sagte Döring. Nur so ließen sich Museen und Sammler von internationalem Rang zu einer Leihgabe von Bauhaus-Werken bewegen und hochkarätige Sponsoren gewinnen. Auch die internationale touristische Vermarktung des Thüringer Beitrags zum Bauhaus-Jubiläum sei auf diese Weise leichter möglich. Und nicht zuletzt stehe es dem Freistaat kulturpolitisch gut an, sich auf seine Tradition als Wiege des Bauhauses zu besinnen und sich 2009 der Welt entsprechend zu präsentieren. „Mit der vom Ministerpräsidenten favorisierten Gartenzwergausstellung können wir dagegen außerhalb Thüringens keinen Blumentopf gewinnen“, sagte Döring.

## Döring fordert unbefristete Stellen für Horterzieherinnen

Unverantwortlich ist nach Ansicht von Hans-Jürgen Döring der Umgang des Kultusministeriums mit den Horterzieherinnen an den staatlichen Grundschulen. „Dass man die Horterzieherinnen aus reinem Kalkül Jahr für Jahr mit befristeten Verträgen abspeist, ist ein Skandal“, sagt Döring mit Verweis auf die vom Kultusministerium angewendete Praxis, die Verträge der Horterzieherinnen auslaufen zu lassen und dafür neue Erzieher einzustellen. Offensichtlich wolle sich das Ministerium alle Möglichkeiten offen halten, die Horterzieherinnen in den kommenden Jahren möglichst „geräuschlos“ abzuschieben, kritisiert Döring: „Diese Politik ist nicht nur eine Zumutung für die Erzieherinnen, sondern auch für die Kinder, Eltern, Lehrer und Schulleiter.“ Der Bildungspolitiker forderte unbefristete Arbeitsverträge für die Horterzieherinnen, nicht zuletzt, um den Schulen Planungssicherheit und eine qualitativ hochwertige Arbeit zu ermöglichen.

ZITIERT



„Dass Berlin und New York 2009 große Bauhaus-Ausstellungen machen, während sich Thüringen als Wiege des Bauhauses einer Ausstellung zur städtischen Begrüßung widmet, ist niemandem verständlich zu machen.“

David Eckardt zu den Vorbereitungen des Bauhaus-Jubiläums

# Optopol: Notfalls vors Verfassungsgericht

GENTZEL ENTSETZT ÜBER VORGEHEN DES INNENMINISTERS

Innenminister Gasser findet keine Mehrheit für seine umstrittene Polizeistrukturreform Optopol: Im Plenum gab es nicht nur von der Opposition, sondern auch aus der CDU Kritik.

SPD-Innenexperte Heiko Gentzel hatte im Vorfeld der Sitzung nicht nur die Inhalte der Reform, sondern auch die Vorgehensweise des zuständigen Ministers immer wieder harsch kritisiert. Die Ankündigung Gassers, die Reform notfalls am Parlament vorbei durchzudrücken, bezeichnete er intern mehrfach als „Ermächtigungsgesetz“. Ein Vorgehen, das er so keinesfalls akzeptieren wolle, so Gentzel: „Notfalls klagen wir in Weimar“, umreißt er die Position der SPD-Fraktion in der Sache. Vor allem die künftige Polizeistruktur im Freistaat und die damit verbundene Reduzierung der Anzahl der übergeordneten Polizeidirektionen von sieben auf vier sorgt nicht nur in der SPD-Fraktion für Unmut. Auch innerhalb der CDU regt sich Widerstand: Jena soll künftig sogar ganz ohne eigene Polizeidirektion auskommen. Generell befürchten die Reformgegner eine Schwächung der Polizei und damit der inneren Sicherheit im Land. Im Plenum Anfang Mai wurde deshalb beschlossen, Optopol in die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen. Mit der zweiten Lesung sei vor der Sommerpause nicht zu rechnen.



Heiko Gentzel

Gentzel wiederholte indessen einen Kernpunkt seiner Kritik: Die Reform bringe, anders als vom Innenminister versprochen, nicht mehr Polizei, sondern weniger auf die Straße. Dies unwidersprochen hinzunehmen, sei angesichts der bedeutsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen unverantwortlich.

Gentzel wiederholte indessen einen Kernpunkt seiner Kritik: Die Reform bringe, anders als vom Innenminister versprochen, nicht mehr Polizei, sondern weniger auf die Straße. Dies unwidersprochen hinzunehmen, sei angesichts der bedeutsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen unverantwortlich.

## IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag,  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17  
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt

Redaktionsschluss: 10.05.07

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!